

Es geht nur radikal anders



Foto: attac.de

Inhalt

Hintergrund
 Mobilitätsplattformen – 2 –
 EU-Handelspolitik – 3 –
 Gemeinnützigkeit – 4 –
 Patente – 5 –
 Lastenausgleich – 8 –
 Kalender
 Rückblick– 6/7 –
 Portrait
 Menschen in Attac – 9 –
 Aktiv
 RWE-Tribunal– 10 –
 Globaler Klimastreik– 10 –
 Kiosk
 Neu im Webshop – 11 –

Hochwasserverheerungen in Deutschland, in Südeuropa verbrennen ganze Regionen. Die Klimakatastrophe ist: jetzt. Doch Politiker*innen warnen davor, das Thema für den Wahlkampf zu »instrumentalisieren«. Wie bitte? Der Versuch, den Klimanotstand runterzuspielen und stattdessen über mangelnden Katastrophenschutz zu lamentieren, zeigt einmal mehr, dass die gängigen Politikansätze keinerlei Antwort bieten, wie der sozial-ökologische Kollaps abzuwenden ist.

Was an Maßnahmen öffentlich diskutiert wird und was notwendig wäre, fällt so weit auseinander, dass es wehtut, aber nicht verwundert. Denn das wachstums- und profitorientierte Wirtschaftsmodell mit Namen Kapitalismus kann die CO₂-Emissionen nicht ausreichend absenken, um den Kollaps zu verhindern. Da helfen auch keine E-Autos. Diese Erkenntnis wird von seriöser Wissenschaft untermauert und von der Klimagerechtigkeitsbewegung

seit langem in die Öffentlichkeit getragen. Die herrschende Politik aber ist zu sehr in die Sachzwänge dieser Wirtschaftsordnung eingebunden, um den nötigen Kurswechsel zu vollziehen. Auch die Formel »Wohlstand und Arbeitsplätze sichern« als letztes Argument zur Bewahrung der Verhältnisse wird dabei zunehmend unglaubwürdig. Zum einen sichert ein »Weiter so« weder das eine noch das andere. Zum anderen gibt es längst Alternativen für eine sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschaft, die allen ein auskömmliches Leben sichert, verbunden mit einer radikalen Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Heißt: Es geht ums Ganze. Entweder wird die Welt weiter verbrannt, um die Kapitalverwertung zu sichern, oder ein radikaler Systemwechsel erhält die Erde doch noch für Menschen bewohnbar. Es bleibt keine Zeit. Von einer künftigen Bundesregierung ist dabei wenig zu erwarten. Nötig ist Bewegung von

unten, auf der Straße und mit Mitteln des zivilen Ungehorsams.

Wegducken hilft nicht mehr, die gesellschaftlichen Konflikte werden sich rapide verschärfen. Mensch muss sich entscheiden, auf welcher Seite sie oder er stehen will: bei denen, die an einem unhaltbaren Wirtschaftsmodell festhalten, oder auf der Seite derer, die für eine sozial-ökologische Wende eintreten, für ein gutes Leben für alle – weltweit! Mit unserer Beteiligung an der #unteilbar-Demonstration in Berlin, den IAA-Protesten in München und dem globalen Klimastreik zeigen wir im September Flagge*. Im November findet in Glasgow der globale UN-Klimagipfel COP26 statt – vielleicht eine letzte Gelegenheit für die internationale Klimagerechtigkeitsbewegung, fundamentale Änderungen zu erzwingen. Attac wird sich an einer europaweiten Mobilisierung beteiligen.

* Die Termine liegen nach Redaktionsschluss

Mobilitätsplattformen

Wettlauf mit der Zeit

Jule Axmann: Dominik, du bist einer der Autoren der Studie »Öffentliche Mobilitätsplattformen«, die Attac gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni veröffentlicht hat. Was hat die Studie für einen Hintergrund?

Dominik Piétron: Die Studie ist eine Konsequenz zweier aktueller Dynamiken. Die eine ist der Klimawandel, auf den wir Antworten finden müssen. Gerade im Verkehrssektor, einem der größten Klimasünder, müssen bis 2030 mindestens 40 Prozent Emissionen reduziert werden. Die andere Dynamik ist die Digitalisierung, wo sich, anders als beim Klimaschutz, im Verkehrsbereich viel getan hat. In den letzten zehn Jahren hat sich der ÖPNV grundlegend verändert. Es gibt neue Sharing-Angebote wie Car-, Bike- oder Scooter-Sharing in Großstädten, und auch im digitalen Raum ist mit sogenannten Mobilitätsplattformen viel Neues entstanden. Wir versuchen nun in dieser Studie, die Dynamiken Klimawandel und Digitalisierung zusammenzudenken, und das so, dass Gemeinwohl und Umweltschutz im Vordergrund stehen und nicht der Profit großer Konzerne.

Für wen ist die Studie gedacht?

Zielgruppe ist zum einen die interessierte Öffentlichkeit, denn wichtige Veränderungen brauchen die Unterstützung der breiten Zivilgesellschaft. Zum anderen ist besonders die Fachöffentlichkeit angesprochen, wie Verkehrsplaner*innen der öffentlichen Verkehrsbetriebe in den Kommunalverwaltungen, die ja einen verfassungsrechtlichen Auftrag haben: Sie sollen uns Bürger*innen einen sicheren, kostengünstigen, nachhaltigen und datenschutzkonformen Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge gewährleisten. Bei diesem Versorgungsauftrag setzen wir an. Ein Ergebnis der Studie war, dass viele öffentliche Verkehrsunternehmen besser sind als ihr Ruf und durchaus in der Lage, neue digitale Angebote zu machen. Dort sehen wir Potenzial, diese Mobilitätsplattformen ökologischer und sozialer zu gestalten. Dazu haben wir eine Reihe von Vorschlägen entwickelt, die sich auch direkt an die Expert*innen richten.

Wie hoch ist der Zeitdruck, und wie viel Gestaltungsfreiraum bleibt noch?

Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Wir wissen aus dem E-Commerce-Bereich, dass solche Plattformen schnell zur Monopolisierung



tendieren, und wir sehen auch, dass im Verkehrsbereich schon viele Platzhirsche dabei sind, ihre Infrastrukturen mit viel Risikokapital auszubauen. Es droht also, wie wir es auch aus Bereichen wie Gesundheit und Bildung kennen, eine digitale Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur. Für die Bürger*innen ist klar: Eine einzige Plattform mit allen Diensten ist besser als viele kleine fragmentierte Angebote. Aber gerade auch die Klimakrise macht es dringend erforderlich, die digitalen Steuerungspotenziale von Mobilitätsplattformen für die ökologische Verkehrssteuerung zu nutzen. Wenn wir die Mobilitätswende nicht Google und Uber überlassen wollen, müssen wir schnell sein. Die Öffentlichen haben viel Aufholbedarf.

Haben die öffentlichen Mobilitätsplattformen denn dann überhaupt eine Chance?

Wir skizzieren in der Studie einen Weg, wie aus der Not der Öffentlichen eine Tugend gemacht werden kann. Die regionale Einbettung der kommunalen Plattformen kann ihnen dabei helfen, eine bessere Beziehung zu den Nutzer*innen aufzubauen. So könnten diese Mobilitätsplattformen demokratisch verwaltet und den Bedürfnissen der Menschen, die sie nutzen, angepasst werden. Gerade in Zusammenarbeit mit regionalen Carsharing-Genossenschaften, Shuttle-Diensten und Mitfahrzentralen können öffentliche Verkehrsbetriebe ein Angebot schaffen, das dem von Google Maps überlegen ist. Dazu müssen sich die Kommunalunternehmen öffnen und gemeinsam mit anderen Kommunen und der Zivilgesellschaft Ressourcen bündeln

und Synergieeffekte schaffen. Dafür ist Open-Source-Software mit einer lebendigen Open-Source-Community essenziell.

Wenn das gelingt, dann können die Öffentlichen einen komfortablen und attraktiven ÖPNV 2.0 ermöglichen, in dem die klimafreundlichen Verkehrsarten Bus, Bahn, Zug, Tram im Mittelpunkt stehen. Die neuen Anbieter wie Bike-, Car- oder Scooter-Sharing sollen Bus und Bahn nicht ersetzen, sondern als Zubringer für die ÖPNV-Netze funktionieren. Wichtig ist das insbesondere dort, wo das ÖPNV-Netz noch schlecht ausgebaut ist, um das Stadt-Land-Gefälle besser abzufedern.

Wer die Plattform hat, hat also die Entscheidungsgewalt darüber, in welche Richtung sich unsere Mobilität entwickelt?

Das stimmt. Plattformen sind ein mächtiges Steuerungsinstrument, das neben der Forderung nach autofreien Innenstädten, Tempolimits und ÖPNV-Ausbau nicht vernachlässigt werden sollte. Es gilt zu verhindern, dass sich ein finanzmarktgetriebenes »Amazon für Mobilität« durchsetzt, das die Bürger*innen an Uber und Co verkauft und die Verkehrswende konterkariert. Dabei ist es zu kurz gegriffen, nur zu fordern, dass Mobilitätsplattformen in öffentliche Hand gehören. Auch der teilweise verkrustete, sich abschottende öffentliche Verkehrssektor, wie er sich zurzeit darstellt, birgt Probleme. Deshalb: Weder die Privaten noch die Öffentlichen sollten unsere Mobilitätsdaten kontrollieren; hier braucht es eine unabhängige Kontrollstruktur. Wir brauchen neue Institutionen, die es bislang noch gar nicht gibt – so etwas wie Bürger*innenräte, Datenverwalter*innen, die in der Lage sind, demokratische Transparenz zu schaffen. Das stellt sicher, dass kein Schindluder mit sensiblen Mobilitätsdaten getrieben wird, und dass die digitalen Steuerungs- und Planungspotenziale dennoch ausgeschöpft werden können. Wir stehen also nicht nur vor einer sozialen und ökologischen, sondern auch vor einer demokratischen Herausforderung.

Dominik Piétron ist Politikwissenschaftler, forscht zu politischer Ökonomie des digitalen Kapitalismus und ist Teil des Autor*innenkollektivs der Studie »Öffentliche Mobilitätsplattformen«.

Die Studie zum Download:
attac.de/einfach-umsteigen

EU-Handelspolitik

Vorfahrt für Konzerne?



Foto: Uwe Hicksch

Die Erfahrungen aus der Klimakrise und der Pandemie haben zu keinem Umdenken geführt: Der Kern der EU-Außenhandelsstrategie bleibt, für europäische Unternehmen Marktzugänge zu öffnen, Handelshemmnisse zu beseitigen und »fairen Wettbewerb« sicherzustellen. So teilte die EU-Kommission im Februar in ihrer neuen handelspolitischen Strategie »Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik« mit: »Der Handel ist eines der wirkungsvollsten Instrumente der EU [...], er ist die stützende Säule für einen dynamischen Binnenmarkt und ein entschlossenes auswärtiges Handeln.«

Nach Inkrafttreten des Abkommens zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay würden – der Strategie entsprechend – Konzerne der EU von erweiterten Absatzmärkten etwa für Autos, Maschinen oder Pestizide profitieren, und die Abschaffung von Zöllen würde ihnen den Zugang zu günstigen agrarischen und mineralischen Rohstoffen öffnen. Der Handel mit Dienstleistungen würde erleichtert, ebenso der Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen. Das Kapitel »Handel und Nachhaltigkeit« des EU-Mercosur-Abkommens bleibt ein Papiertiger, sind doch Aussagen zum Schutz von Klima und Umwelt mit keinem Durchsetzungsmechanismus versehen.

Der »Goldstandard für Handelsabkommen« der EU ist CETA, das vorläufig angewandt wird.

Zur Umsetzung des Vertrags sind zahlreiche geheim tagende Ausschüsse eingerichtet, die zu ihren Beratungen sogenannte Interessensgruppen hinzuziehen können. Beschlüsse sind bindend, ohne dass Parlamente einbezogen wären.

Mit der vollständigen Ratifizierung von CETA träte auch das System der Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) in Kraft. Dadurch könnten alle ausländischen Unternehmen mit Niederlassungen in der EU oder Kanada Staaten auf hohen Schadensersatz verklagen, wenn sie ihre »legitimen« Gewinnerwartungen durch neue staatliche Maßnahmen zum Schutz von Umwelt, Klima oder sozialen Rechten eingeschränkt sehen. Mit dem Investitionsgerichtshof-System (ICS) sieht CETA zwar eine überarbeitete Version des ISDS vor, am Fundament der Streitbeilegung ändert sich dadurch nichts: Investoren erhalten weitreichende Rechte. Bereits die Androhung von Klagen kann Gesetzesentwürfe abschwächen.

Eine wahre Goldgrube für Profite ist der Energiecharta-Vertrag (ECT). Dieser Handels- und Investitionsvertrag für den Energiesektor trat bereits 1998 in Kraft und wurde von 53 Staaten unterzeichnet. Der ECT fördert Handel, Transit und Investitionen im Energiesektor. Wie CETA ermöglicht es der ECT Konzernen, außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit gegen Umweltauflagen und Klimamaßnahmen zu klagen. Mit 136 bekannten Fällen ist er das meistgenutzte

Abkommen für ISDS-Klagen. Tritt ein Staat aus dem Vertrag aus, bleibt der Investorenschutz für Investitionen vor dem Austritt weitere 20 Jahre wirksam.

Derzeit laufen Verhandlungen zur Modernisierung des ECT. Doch auch dieser Prozess macht ihn nicht klima- und umweltverträglich. Investitionen in fossile Energieträger bleiben geschützt, weiterhin können Konzerne gegen Umweltauflagen und Klimamaßnahmen klagen. Angedrohte Entschädigungsforderungen hindern Regierungen deshalb daran, ihr Energiesystem umzubauen.

Investorenschutz im Außenhandel ist laut Strategie nicht alles; die EU sorgt sich auch um den »dynamischen Binnenmarkt«. Nachdem der Europäische Gerichtshof mit seinem »Achmea-Urteil« entschieden hatte, dass die Bestimmungen zum ISDS in den Investitionsabkommen zwischen EU-Staaten mit dem EU-Recht unvereinbar sind, haben fast alle Staaten ein Abkommen zur Beendigung der bilateralen Investitionsschutzverträge in der EU unterzeichnet, wodurch etwa 130 innereuropäische Abkommen beenden werden.

Doch davon haben sich Banken, Konzerne und Anwaltskanzleien nicht schrecken lassen. Vielmehr führen sie – wie eine Studie der NGO Corporate Europe Observatory (CEO) im Juni enthüllt hat – eine massive Lobbykampagne mit dem Ziel, im Binnenmarkt spezielle Rechte für Investoren durchzusetzen und eine Sondergerichtsbarkeit, die mit EU-Recht vereinbar ist.

Das Argument von Konzernlobbygruppen, Investoren hätten ohne Sonderlagerechte in der EU keinen »angemessenen Rechtsschutz«, scheint verfangen zu haben. Im Herbst will die EU-Kommission einen Vorschlag zur Einführung eines neuen »Investitionsschutzsystems für grenzüberschreitende Investitionen innerhalb der EU« vorlegen. Dadurch könnten EU-Regierungen bei neuen Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt gezwungen sein, Konzerne mit hohen Summen zu entschädigen.

Diese Spielregeln der EU-Handelspolitik tragen nicht dazu bei, die drängenden Menschheitsprobleme zu lösen, denn sie geben Konzernen Vorfahrt. Klima, Biodiversität und Menschenrechte werden dagegen ausgebremst. Konzerne haben zu viel Macht – holen wir sie uns zurück!

Hanni Gramann ist aktiv in der Attac-AG Welthandel und WTO.

Politische Dimension der Gemeinnützigkeit

Der Ruf nach Bestrafung



Foto: Stephanie Handtmann

Groß war die Empörung, als die UEFA der Stadt München verbot, ein Fußballstadion in Regenbogenfarben zu beleuchten. Doch tatsächlich trauen sich viele Sportvereine nicht, Haltung für Vielfalt und gegen Rassismus zu beziehen, aus Sorge, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Denn was hat ein Bekenntnis gegen Rassismus mit Ballsport oder Krafttraining zu tun?

Das Attac-Urteil färbt ab – diese Befürchtung hat sich bestätigt. Im Urteil des Bundesfinanzhofs von 2019 geht es eigentlich nur um den Gemeinnützigkeits-Zweck der politischen Bildung, doch durch die Zeilen des Urteils weht ein Geist, der sagt: Gemeinnützige Organisationen sollen sich aus der Politik raushalten. Am eindrücklichsten ist das in einem Urteil des Finanzgerichts München vom März 2021 zu sehen. Demnach sei es nicht gemeinnützig, wenn ein Verein »mit seinen Aufforderungen an die Regierungen in den politischen Wettstreit« eintrete. Das Gericht legte dabei Maßstäbe wie den der »geistigen Offenheit« aus dem Attac-Urteil zu politischer Bildung an einen konkreten Zweck an – in dem Fall an die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dass das Urteil den Verein »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie« traf, freut vielleicht manche, aber die Begründung sollte Anlass zur Sorge sein. Mittlerweile kritisiert die EU-Kommission im Rechtsstaatsbericht, die Auslegung des Attac-

Urteils führe zu »einer erheblichen Unsicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere für diejenigen, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen«. Aus Sorge um den Status der Gemeinnützigkeit könnten Vereine und Stiftungen davon absehen, »zu potenziell sensiblen Fragen Stellung zu nehmen«. Die Androhung rechtlicher Schritte könne »im Zusammenhang mit dem Steuerstatus auch als politische Taktik genutzt werden«.

Genau das ist in den vergangenen Monaten immer wieder zu beobachten: »Erkennt ihnen die Gemeinnützigkeit ab!« schallt es nicht nur aus rechtsradikalen Twitter-Accounts, wenn es um Seenotrettung im Mittelmeer oder um Umweltverbände geht. Das riefen auch die CDU/CSU-Politiker Friedrich Merz und Markus Blume, als im Juni 2021 eine Greenpeace-Aktion über dem Münchner Olympiastadion schieflief.

Der Ruf nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit ist ein Ruf nach Bestrafung. Damit wird das Gemeinnützigkeitsrecht zum Spezial-Strafrecht für zivilgesellschaftliche Organisationen – während die Koalition aus CDU, CSU und SPD es nicht schaffte, ein Unternehmensstrafrecht einzuführen. Die Rufe aus der Union beweisen, dass es bei der Gemeinnützigkeit um weit mehr als Steuerrecht geht. Forderungen der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbil-

dung« für nötige Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht wurden dagegen mit dem Hinweis, es handle sich um eine rein steuerrechtliche Angelegenheit, immer wieder abgebugelt.

Gleichzeitig verpassten es CDU und CSU mit ihrem Programm zur Bundestagswahl erneut, sich systematisch Gedanken zur Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Demokratie zu machen – und auch zu eventuellen Grenzen von Engagement. An CDU und CSU scheiterten Vorstöße der SPD in der Großen Koalition, nach dem Attac-Urteil Klarheit im Gemeinnützigkeitsrecht zu schaffen. Nach der Bundestagswahl muss eine neue Regierungskoalition Sofortmaßnahmen wie neue gemeinnützige Zwecke und Klarstellungen zu politischen Mitteln beschließen, aber auch in eine ernsthafte Diskussion einsteigen: Was meinen wir mit Gemeinnützigkeit? Wo sind Grenzen und Abgrenzungen? Und wer soll die wie kontrollieren? Politisch klug wäre, das zu entscheiden, bevor das Bundesverfassungsgericht im Attac-Fall feststellt, dass das Steuerrecht Ungleichheiten bei politischem Engagement schafft oder verstärkt.

Das Gemeinnützigkeitsrecht wird als politische Waffe benutzt, durchaus auch mal aus linksliberalen oder linksprogressiven Kreisen. Es ist eine demokratische Herausforderung auszuhalten, dass Menschen sich zusammenschließen oder demonstrieren, um Meinungen zu äußern, die man selbst für grundfalsch hält. Es ist eine demokratische Herausforderung, Grenzen des Erlaubten zu finden, ohne dabei nach Vorlieben zu urteilen oder autoritär zu werden. Es ist auch eine Herausforderung zu überlegen, wie Maßstäbe an Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit im Gemeinnützigkeitsrecht verankert werden können. Wer lügt oder Fakten verdreht, um seine Auffassung zu verbreiten, kann ebenso wenig gemeinnützig sein wie ein Verein, der seine vielleicht vernünftige Auffassung mit dem Baseballschläger durchsetzen möchte.

Aufrichtigkeit heißt nicht Neutralität. Politische Bildung darf nicht agitatorisch sein, sie darf nicht lügen oder Menschen zu etwas zwingen. Doch ein Verein kann, in aller geistigen Offenheit, zu einer Haltung gelangen, die seine Arbeit dann leitet.

Stefan Diefenbach-Trommer arbeitet seit Jahren in Bewegungsorganisationen. Seit 2015 ist er Vorstand der von Attac mitgegründeten Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«.

Wirtschaftsnationalismus

Patente, Kapital und Neue Rechte

Der Gründer der Querdenken-Bewegung, Michael Ballhaus, ließ im Sommer 2020 »Querdenken 711« als Wortmarke beim Deutschen Patent- und Markenamt schützen. Durch den Markenschutz erwarb er das geistige Eigentum an dieser banalen Kreation und das Recht, Fanartikel bei Stuttgarter Querdenken-Demos exklusiv unter Coronaleugner*innen zu vermarkten.

Die Gewährung solcher privaten Eigentumsmonopole ist konstitutiv für den Kapitalismus. Ihren Ursprung haben sie in den Gesetzen des spätfeudalistischen Englands, die Grundbesitzer*innen die »Einhegung« der gemeinschaftlich genutzten Ländereien und Ressourcen, der Allmenden, erlaubten. Kapitalistische Staaten ermöglichen aber nicht nur die Einhegung materieller, sondern auch immaterieller Güter. Dafür haben sie ein Paket an Eigentumstiteln geschnürt, die verschiedene Formen des kollektiv erarbeiteten Wissens privatisieren. Neben dem Markenschutz gibt es Warenzeichen, Urheberrechte, Geschäftsgeheimnisse, den Sortenschutz und nicht zuletzt die Patente.

Einen Schub erfuhr die Privatisierung des Wissens 1994 mit dem Abkommen über geistige Eigentumsrechte TRIPS. Für die Gesundheitsvorsorge bedeutete TRIPS einen großen Rückschritt, weil es die Mitglieder der Welthandelsorganisation WTO zwingt, Patente auf Arzneimittel durchzusetzen. Seither müssen Staaten, die Patente von Pharmakonzernen aussetzen und Zwangslizenzen an Generika-Hersteller vergeben, mit WTO-Klagen und Handelssanktionen rechnen. Das bekamen Südafrika und Brasilien bereits zu spüren: Als sie um die Jahrtausendwende Zwangslizenzen für billigere HIV-Medikamente ankündigten, reagierten EU und USA mit Sanktionsdrohungen.

In der Coronapandemie erlebt die Welt eine ähnliche Situation. Angesichts des eklatanten globalen Mangels an Gesundheitsgütern unterbreiteten Indien und Südafrika im Oktober 2020 in der WTO den Vorschlag, Teile des TRIPS-Abkommens auszusetzen. Durch diesen sogenannten TRIPS-Waiver könnte der Technologietransfer erleichtert und weltweit die Produktion von Tests, Medikamenten und Impfstoffen ausgebaut werden. Über zwei Drittel der WTO-Mitglieder unterstützen einen solchen Waiver, darunter China, Russland und die USA. Doch die EU und vor allem Deutschland bekämpfen diesen Vorschlag vehement.



Foto: Stephanie Handtmann

Die deutsche Blockade der Patentfreigabe ist ein Reflex des profitorientierten Pandemiemanagements der Bundesregierung. Systematisch haben Union und SPD die erforderliche Produktionsausweitung zur Herstellung von Vakzinen und anderen Gütern behindert. So verzichtete die Regierung bei ihren Subventionen für Biontech auf Auflagen, das Produktionswissen zu teilen. Damit aber blockierte sie Innovationen und den globalen Kapazitätsausbau, während Biontech Preise und Profite in die Höhe treiben konnte. Folge der Verknappung sind Tausende von vermeidbaren Toten, zumeist alte, kranke und arme Menschen.

Doch trotz ihrer sozialdarwinistischen Politik gerät die Bundesregierung kaum unter Rechtfertigungsdruck. Ganz im Gegenteil bieten ihr vor allem die Leitmedien Rückendeckung. Nachdem sich im Mai 2021 die US-Regierung für einen TRIPS-Waiver ausgesprochen hatte, geißelte etwa der »Spiegel« das als Angriff auf »die deutschen Pharmapioniere«. Für Biontech seien die Patentpläne der USA »brandgefährlich«, weil dann das Know-how offengelegt werden müsse. Die Sorge des Mediums: »Wie können deutsche Unternehmen ihren Wissensvorsprung verteidigen?«

Ebenso national borniert kam der Deutsche Ethikrat daher. Seine Empfehlung für die Impf-

priorisierung sollte angeblich einen »gerechten und geregelten Zugang zu einem Covid-19-Impfstoff« ermöglichen. Doch beschränkte diese sich einzig auf die Frage, in welcher Reihenfolge Menschen in Deutschland ihre Impfung bekommen. Kein Wort verlor das Gremium hingegen darüber, dass Alte, Kranke und Klinikkräfte in ärmeren Ländern der größten Gefahr ausgeliefert sind.

Der regierungsamtliche Sozialdarwinismus findet schließlich auch eine Entsprechung bei den Querdenken-Demos. Denn mit ihrem Protest gegen Lockdowns, Maskenpflicht und vermeintlichen Impfwang reklamiert die Querfront aus Nazis, neuen Rechten und einstigen Linken faktisch ein Recht, ihre Mitbürger*innen anzustecken. Ganz ähnlich beanspruchten Union und SPD mit der verweigerter Patentfreigabe ein Recht, Menschen andernorts noch länger schutzlos den Coronaviren auszuliefern. Nicht zuletzt erweisen sich die Querfrontler*innen mit ihrer Forderung nach Rückkehr zur kapitalistischen Normalität als die wohl nützlichsten Idiot*innen unserer neoliberalen Regierung.

Thomas Fritz ist freier Autor mit den Schwerpunkten Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung und aktiv in der Attac-AG Deprivatisierung.



Aktionstage für Mobilitätswende, Foto: Stephanie Handtmann



Aktionswoche für Patentfreigabe, Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

19. Mai 2021

Make them Sign! Bündnis drängt auf Patente-Aussetzung

Das Bündnis »Make them Sign!« startet eine Kampagne zur Aufhebung des Schutzes von geistigen Eigentumsrechten auf Impfstoffe, Medikamente und andere medizinische Güter zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie. Attac ist dabei.

20. Mai 2021

Zivilgesellschaft fordert Stopp von EU-Mercosur-Abkommen

Mit vielen anderen Organisationen und Initiativen protestiert Attac in Berlin gegen das EU-Mercosur-Abkommen. Anlass ist ein Treffen der EU-Handelsminister*innen in Brüssel. Die Aktion ist Teil der EU-weiten Aktionswoche »Stopp EU-Mercosur!«.

20. Mai 2021

Kampagne »Solidarisch geht anders!« startet

Die Pandemie ist ein Brandbeschleuniger für Ungerechtigkeiten. Unter dem Motto »Raus aus der Krise – nicht zurück!« fordert das Kampagnenbündnis »Solidarisch geht anders!« umfassende Maßnahmen für gerechte und ökologische Auswege aus der Corona-Krise. Attac ist dabei.

5. und 6. Juni 2021

Von Oldenburg bis München: Tausende demonstrieren für Mobilitätswende

Tausende Klima-Aktivist*innen protestieren gegen den Neu- und Ausbau von Autobahnen und fordern eine sozial- und klimagerechte Mobilitätswende samt ÖPNV-Ausbau. An mehr als 70 Orten finden Fahrraddemos, Sitzblockaden und Kundgebungen statt. Attac ist an rund 20 Aktionen beteiligt.

7. bis 13. Juni 2021

Impfstoffe: Aktionswoche für Patentfreigabe in Berlin

Das Bündnis »Make them Sign!«, zu dem Attac gehört, organisiert eine Aktionswoche in Berlin. Die Forderung: Die Bundesregierung muss ihre Blockade gegen eine Freigabe der Patente auf Impfstoffe und Medikamente aufgeben. Der Protest beginnt mit einer Aktion vor dem Kanzler*innenamt und endet mit einer Demo.

9. Juni 2021

Attac-Studie zeigt: Mobilitätsplattformen gehören in öffentliche Hand

Mit öffentlichen Mobilitätsplattformen können Kommunen einen Beitrag zur sozial-ökologischen Verkehrswende leisten. Zu diesem Fazit kommt die Studie »Öffentliche Mobilitätsplattformen«, die Attac und die Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichen.

10. Juni 2021

Keine Profite mit der Gesundheit: Protest vor Rhön-Klinikum AG

Mit einer Aktion bei der Hauptversammlung der Rhön-Klinikum AG kritisiert Attac die Methoden privater Kliniken: Während öffentliche Krankenhäuser in der Pandemie Verluste machen, fahren die Klinikkonzerne fette Profite ein. Attac fordert ein Gewinn-Verbot für Krankenhausbetreiber*innen.

18. bis 20. Juni 2021

Rheinisches Braunkohlerevier: RWE-Tribunal tagt am »Tatort«

In einem öffentlichen Tribunal in Lützerath beim Braunkohletagebau Garzweiler II kommen Klimaverbrechen, Gesundheitsschädigung, Heimatvertreibung und Umweltzerstörung durch die RWE AG zur Anklage. Verhandelt wird der »NRWE-Komplex«. Attac Köln hat das Tribunal mit organisiert.

2. Juli 2021

Teilerfolg für Zivilgesellschaft: OECD bremst Steuerwettbewerb nach unten

130 Länder einigen sich nach jahrelangen Verhandlungen unter dem Dach der OECD auf Beschlüsse zur Steuervermeidung. Ein Etappenfolge für die kritische Zivilgesellschaft. Allerdings: Die Neuregelung trifft nur große Digitalkonzerne.

3. Juli 2021

»Wer zahlt?« Startschuss für Vermögenssteuer-Kampagne von Attac

Mit einer Aktion vor der Frankfurter Börse startet Attac seine Kampagne für die angemessene Besteuerung von Reichtum. Unter dem Motto »Wer zahlt?« fordert das Netzwerk die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer und eine einmalige Vermögensabgabe, um die Belastungen durch die Pandemie auszugleichen.

23. bis 25. Juli 2021

Wie wollen wir leben? Visionen einer anderen Globalisierung

Bei der Sommerakademie von Attac geht es in diesem Jahr um die zentrale Frage »Wie wollen wir leben?« Die Teilnehmer*innen des Bildungstreffens, das sowohl online als auch vor Ort in Frankfurt am Main besucht werden kann, diskutieren intensiv Visionen einer anderen Globalisierung.

27. Juli 2021

Drohnen-Whistleblower in USA zu Gefängnis verurteilt

Der US-amerikanische Drohnen-Whistleblower Daniel Hale wird in den USA zu 45 Monaten Haft verurteilt. Attac fordert eine breite öffentliche Debatte über Drohnen, die auch Erkenntnisse von Whistleblower*innen und Opfern miteinbezieht. Whistleblower*innen müssen geschützt, nicht bestraft werden.



Startschuss für Vermögenssteuer-Kampagne, Foto: Boris Schöppner



»Don't burn our Future!«, Foto: Philip Eichler

29. Juli 2021

Cum-Ex-Geschäfte sind strafbar

Der Bundesgerichtshof bestätigt, dass mit Cum-Ex-Geschäften nicht nur Schlupflöcher genutzt, sondern Straftaten begangen wurden. Attac fordert seit langem, alle Beteiligten anzuklagen und die geraubten Milliarden zurückzuholen.

13. August 2021

»Don't burn our Future!« Junge Attacies beim Klimastreik in Frankfurt

Attac-Aktivist*innen zünden vor den Türmen der Deutschen Bank ein großes Papp-Logo des Bankhauses an und lassen es abbrennen. Mit dieser Aktion unter dem Motto »Don't burn our Future! Stoppt Investitionen in Klimakiller!« bereichert »Junges Attac« den Zentralen Klimastreik von Fridays for Future in Frankfurt. Der Protest richtet sich gegen die Investitionen des Finanzsektors in Kohle, Öl und Gas.

18. August 2021

Vermögensabgabe: Attac fälscht Regierungs-Webseite und Plakate

Täuschend echt: Mit einer Webseite und Plakaten einer erfundenen »Bundesanstalt für Vermögensabgabe« klärt Attac über die Vorteile einer Abgabe auf große Vermögen auf. Das Motto der gefälschten Regierungskampagne lautet »Die Stärksten packen an!«. Mit dem Adbusting verleiht Attac der Forderung Nachdruck, das reichste Prozent den Hauptteil der Krisenkosten schultern zu lassen. *

19. August 2021

Attac-Behörde pfändet Hamburger Luxushotel

Die von Attac erfundene »Bundesanstalt für Vermögensabgabe« enteignet das Hamburger Luxushotel »The Fontenay« des Milliardärs Klaus-Michael Kühne. Grund: Der Milliardär wollte die angeblich neu eingeführte Vermögensabgabe nicht bezahlen. Für die Pfän-

dungsaktion platzieren Attac-Aktive ein großes Banner vor der Fassade des Hotels. *

21. August 2021

Aktionstag für Umverteilung

Bei einem dezentralen Aktionstag unter dem Motto #MaketheRichPay setzt sich das Bündnis »Wer hat der gibt« dafür ein, Reiche stärker zur Kasse zu bitten. Attac-Aktivist*innen beteiligen sich. *

*) Termine nach Redaktionsschluss

Ausblick

9. und 10. September

#KonTra IAA: Gegenkongress diskutiert neue Wege

»Neue Wege in Stadt und Land«, »Von der Auto- zur Mobilitätsindustrie« und »Perspektiven der Mobilitätswendebewegung«: Das sind die drei inhaltlichen Säulen des Kongresses für transformative Mobilität – kurz KonTra IAA – im Münchner Feierwerk, organisiert von Attac und anderen. Bei dem Gegenkongress zur IAA geht es um die Frage, wie die klima-gerechte Mobilitätswende zu gestalten und durchzusetzen ist. attac.de/iaa-2021

11. September 2021

#Aussteigen: Radsternfahrt und Großdemo

Protest für alle: Unter dem Motto #aussteigen demonstriert in München ein breites Bündnis, dem auch Attac angehört, gegen grüne Täuschungsmanöver der Automobilindustrie. An der großen Fußgängerdemo und einer Fahrradsternfahrt mit 17 Demozügen beteiligen sich Menschen aus ganz Deutschland.

#BlockIAA: Ziviler Ungehorsam

Mit Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams streut ein Netzwerk aus Gruppen und

Einzelpersonen, darunter viele Aktive von »Junges Attac«, Sand ins Getriebe der IAA und des Automobilitäts. »Autokonzern entmachten – Klima schützen«, lautet ihre Botschaft.

24. September 2021:

Wann, wenn nicht jetzt? Globaler Klimastreik!

Klimagerechtigkeit wird das wahlentscheidende Thema. Ausreden gelten nicht mehr, jetzt ist der Zeitpunkt, aufzustehen für eine gerechte und konsequente Klimapolitik. Attac unterstützt den globalen Klimastreik von Fridays for Future und mobilisiert mit zu den Demos und Aktionen. klima-streik.org

8. bis 10. Oktober:

Aktionstage #MobilitätswendeJetzt

Zwei Wochen nach der Bundestagswahl geht es darum, Druck auf die neue Regierung zu machen, eine radikale Mobilitätswende einzuleiten – klimafreundlich und sozial gerecht. Attac beteiligt sich an den dezentralen Aktionstagen.

23. und 24. Oktober 2021

Attac trifft sich zum Herbstratschlag

Die Attac-Aktiven treffen sich zum Herbstratschlag – je nach Corona-Lage in der Waldorfschule in Frankfurt am Main oder online. Die Teilnehmer*innen legen die inhaltlichen Schwerpunkte der kommenden Monate fest und verabschieden den Haushalt. attac.de/ratschlag

31. Oktober bis 12. November 2021

UN-Klimagipfel in Glasgow

Er ist womöglich eine letzte Gelegenheit für die internationale Klimagerechtigkeitsbewegung, fundamentale Änderungen für echten Klimaschutz zu erzwingen: der globale UN-Klimagipfel COP26 in Glasgow. Attac beteiligt sich an der europaweiten Mobilisierung.

Termine unter:

attac.de/veranstaltungen

Kampagne von Attac Österreich

60 Prozent Lastenausgleich von Milliardären!

Machen wir uns nichts vor: Die letzten anderthalb Jahre waren für die meisten von uns sehr hart. Wir alle leiden unter Corona und seinen wirtschaftlichen Folgen. Wir alle versuchen, unseren Beitrag zu Bewältigung der Pandemie zu leisten. Viele von uns leisten harte, lebensnotwendige Arbeit, ohne die unsere Gesellschaft diese Krise nicht überstehen kann – ob im Krankenhaus, im Supermarkt, in der Entsorgung oder als Eltern. Gleichzeitig sind einige von uns gesundheitlich gefährdet, etwa wenn wir alt oder chronisch krank sind. Und viele von uns tragen große finanzielle Lasten – wir haben unseren Job verloren, sind prekär beschäftigt und wissen nicht, wie es weitergehen soll. Im Moment atmen wir auf, weil wir wieder mehr leben können. Doch die Krise ist noch nicht vorbei.

Wir wissen nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickeln wird. Und wir wissen nicht, welche Folgen die hohen Kosten der Krise noch haben werden. In vergangenen Krisen haben uns die Regierenden über höhere Mehrwertsteuern und Kürzungen alle zahlen lassen, zum Beispiel für Bankenrettungen. Und schon jetzt merken wir, wie erste öffentliche Ausgaben auf der Strecke bleiben: Weniger Geld für Kultur, für Gemeinden und Bezirke, für Beratung. In Österreich fordern Wirtschaftsverbände und Unternehmen, das Arbeitslosengeld zu kürzen. Es besteht die große Gefahr, dass die Regierenden auch diesmal die Kosten auf die breite Bevölkerung, ja sogar auf die Lastenträger*innen der Coronakrise abwälzt. Das darf nicht passieren.

Denn während wir unter den Lasten der Krise stöhnen, sind die Reichsten während Corona noch reicher geworden. Während die Krise viele von uns in den finanziellen Abgrund treibt, steigen die Preise ihrer Aktien und Immobilien ins Unermessliche. Und während viele von uns in engen Wohnungen, ohne Freiraum und Unterstützung fast verzweifeln, konnten es sich die Reichsten mit ihren Ferienhäusern, Yachten und Privatjets auch in den schlimmsten Phasen der Pandemie gutgehen lassen.

Tatsächlich stieg das Vermögen der hundert reichsten Österreicher*innen während Corona um zehn Prozent. Und auch international bricht der Reichtum der Milliardäre alle Rekorde. Auch die Ungleichheit steigt: In Österreich besaß das reichste Prozent der Bevölkerung schon vor Corona 40 Prozent des gesamten Privatvermögens. Ihr Anteil wächst nun weiter.



Foto: Boris Schöppner

Ähnlich entwickelten sich die Vermögen der Reichsten in Deutschland.

Es ist klar: Für die Lastenträger*innen zu klatschen und Danke zu sagen reicht nicht. Jene, die uns mit ihrer Arbeit durch die Krise gebracht haben und am meisten unter ihr leiden, dürfen jetzt nicht auch noch auf den Kosten sitzen bleiben.

Deswegen fordern wir den Corona-Lastenausgleich von den Reichsten. Wer mehr als eine Milliarde Euro besitzt, soll von allem darüber 60 Prozent abgeben, um einen gerechten Weg aus der Krise zu finanzieren. Wer mehr als 100 Millionen besitzt, soll davon dreißig Prozent abgeben. Und wer mehr als 5 Millionen Euro besitzt soll davon zehn Prozent abgeben. Die Beträge sind immer netto, das heißt, Schulden werden abgezogen, und der Lastenausgleich ist über fünf Jahre zu leisten. Großzügige Ausnahmen für Betriebsvermögen sichern Arbeitsplätze in Familienunternehmen. Der Lastenausgleich könnte in Österreich 80 bis 85 Milliarden Euro einbringen und nicht nur die Kosten der Krise decken, sondern auch noch

dringend notwendige Zukunftsinvestitionen finanzieren.

Ja, Attac Österreich fordert auch dauerhafte Vermögenssteuern. Aber die reichen jetzt einfach nicht aus. Nach dem zweiten Weltkrieg gab es in Deutschland schon einmal einen Lastenausgleich – das ist unser Vorbild. Damals waren 50 Prozent aller Vermögensarten über einer bestimmten Grenze als Ausgleich zu leisten. Expert*innen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsplanung (DIW) zufolge lieferte dies einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung des Wiederaufbaus. Wir haben es auch heute mit einer historischen Ausnahmesituation und schwerwiegenden Krisen zu tun. Und was es schon einmal gegeben hat, kann es wieder geben.

Die Lasten der Coronakrise sind enorm. Jene, die am meisten haben, müssen einen Ausgleich leisten.

Kai J. Lingnau und **Lisa Mittendrein** engagieren sich in den Bereichen Finanzmärkte, EU und Steuern bei Attac Österreich.

Menschen in Attac

Die Verkehrswende muss kommen



Tamara bei einer Aktion der Attacikkas, Foto: Philip Eichler

Tamara Hanstein ist 23 und studiert Chemie an der Technischen Universität Darmstadt. Wir haben mit ihr darüber gesprochen, warum sie sich bei Attac engagiert und welche Rolle das Thema Verkehrswende für sie spielt.

Tamara, wie bist du bei Attac gelandet?

Das erste Mal ist mir Attac in der Schule in Sozialkunde begegnet, und schon damals habe ich festgestellt, dass es viele Bereiche aufgreift, die auch mir wichtig sind. Der Fokus liegt auf den Finanzmärkten, was für mich ein logischer Ansatzpunkt ist. Deshalb fand ich es gut, dass Attac sich dieses Themas annimmt und so einen umfassenderen Blick auf politische Zusammenhänge hat.

Nachdem ich das Unileben kennengelernt hatte, hatte ich an mich den Anspruch, mich auch neben dem Studium politisch zu engagieren, und so bin ich bei Attac gelandet. Außerdem bin ich parteiloses Mitglied der Linksfraktion in Darmstadt. Mein Engagement dort hängt eng mit meinem Attac-Engagement zusammen: Ich bekam über den Attac-Verteiler häufiger Einladungen zu Demos, war dann dort und lernte so auch viele Menschen aus anderen politischen Zusammenhängen kennen.

Wie ging es mit deinem Engagement bei Attac weiter?

Wir haben in Darmstadt die »Attacikkas« gegründet. Schon vor meinem Studienaufenthalt in Finnland hatte es Versuche gegeben, ein Junges Attac zu bilden, die auch, während ich in Finnland war, voranschritten und so noch vor Ende meines Aufenthalts dort dazu führten, dass ich Teil der Netzwerkstrukturen von Junges Attac wurde. Zusätzlich machte ich während meines Aufenthalts auch sehr angenehme Erfahrungen mit jungen politischen Zusammenhängen als Teil der Attac-Campusgruppe in Helsinki. Es lag also nahe, auch nach meiner Rückkehr aus Finnland Junges Attac weiter voranzutreiben. Nach dem Vorbild der Bamberger Gruppe von Junges Attac, die sich in spanischer Verkleinerungsform »Attacitos« nennen, haben wir dann für uns eine finnische Verkleinerungsform gewählt.

Zu Beginn haben wir uns vor allem bei den Aktionen zur Rettung des Dannenröder Walds engagiert. Rund um das Thema haben wir auch verschiedene Banneraktionen gemacht, um Menschen zu den Protesten zu mobilisieren, und haben uns in lokale verkehrspolitische Aktivitäten eingebracht. Insgesamt waren bislang also Aktionen für eine Verkehrswende unser Schwerpunkt, aber wir engagieren uns auch darüber hinaus und sind gern dabei, wenn Aktivist*innen zur Unterstützung anderer Aktionen gesucht werden.

Uns liegt es einfach, Aktionen zu machen. Das liegt sicher auch an der Altersstruktur unserer Gruppe, aber auch daran, dass es Spaß macht und kreativen Spielraum bietet.

Du engagierst dich ja auch in der bundesweiten Kampagnengruppe »einfach.umsteigen«. Warum ist dir das Thema Verkehrswende so wichtig?

Die Verkehrswende ist ja sehr eng mit dem Problem des Klimawandels verknüpft. Ich sehe die Verkehrswende als einen wichtigen Ansatzpunkt – denn im Bereich Verkehr ist in den letzten Jahrzehnten nichts passiert. In anderen Sektoren wurde wenigstens versucht, die Emissionen zu verringern, wenn auch viel zu zögerlich. Dort, wo die Technik effizienter geworden ist, wird sie dafür häufiger genutzt, das ist der so genannte Rebound-Effekt. Ich glaube, es ist wichtig, möglichst vielen Menschen klarzumachen, dass die Verkehrswende kommen muss, wenn wir den Klimakollaps verhindern wollen. Auch bei jüngeren Menschen ist da noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Zwar verzichten immer mehr junge Menschen in den Städten auf ein Auto, aber längst nicht alle, und gerade um auch in ländlicheren Gebieten das Umsteigen attraktiv zu machen, braucht es dort ein viel besseres Mobilitätsangebot im ÖPNV.

Was steht für dich jetzt bei Attac an, kurz-, aber auch langfristig?

Zurzeit steht sowohl für die »einfach.umsteigen«-Kampagne als auch für Junges Attac die IAA in München ganz oben auf der Tagesordnung, aber auch danach geht es weiter.

Zur langfristigen Perspektive habe ich mir auch schon Gedanken gemacht. Das aktivistische Element möchte ich mir weiterhin erhalten, kann mir aber durchaus auch vorstellen, irgendwann in bundesweiten Gremien Verantwortung zu übernehmen. Ich habe noch etwas Zeit bis zu den nächsten Wahlen, um mich zu entscheiden – ich weiß ja auch nicht, wie sich meine Lebenssituation bis dahin verändert.

Für mich bleibt wichtig, dass Attac sich in eine Richtung bewegt, die auch für junge Menschen attraktiv ist. Dazu gehört eine ganz klare Abgrenzung gegen rechts, das haben wir als Junges Attac auch schon so formuliert. Oft fehlt es noch an Strukturen, die es allen in gleicher Weise erlauben, sich einzubringen oder Hierarchien abzubauen, und es so Attac ermöglichen, diverser zu werden.

RWE-Tribunal klagt an



Foto: rwe-tribunal.org

Direkt am »Tatort«, im Dorf Lützerath bei Erkelenz, fand vom 18. bis 20. Juni 2021 die erste Veranstaltung des RWE-Tribunals statt. Die meisten Bewohner*innen sind vom Rheinisch-Westfälischen Energieanbieter RWE aus

diesem Dorf vertrieben worden. RWE hatte ihre Häuser bereits im Herbst 2020 zerstören lassen – ohne Notwendigkeit, denn die Braunkohle unter dem Dorf darf ohnehin nicht mehr abgebaut werden. Doch nicht nur im Dorf, in der ganzen Region und darüber hinaus regt sich Widerstand.

Ein Beispiel dafür ist die Initiative RWE-Tribunal, an der auch Attac beteiligt ist. Sie klagt in einem zivilgesellschaftlichen Prozess in der Tradition der Russell-Tribunale wegen Klimaverbrechen, Gesundheitsschädigung, Vertreibung und Umweltzerstörung gegen RWE und gegen das Land Nordrhein-Westfalen in Mittäterschaft. In der ersten Verhandlungsrunde im Juni wurden folgende Anklagepunkte durch Zeug*innen und Ankläger*innen einer zivilgesellschaftlichen Jury vorgebracht:

- Vertreibung bzw. Zwangsumsiedlung,
- Zerstörung von Dörfern, Kultur und sozialem Leben, Natur und Ackerböden,
- Polizeigewalt gegen Aktivist*innen im Rheinischen Revier,

- Gesundheitsgefährdung und fahrlässige Tötung durch Braunkohleverstromung,
- Menschenrechtsverletzungen durch Steinkohle-Importe aus Sibirien für RWE-Kraftwerke.

Am 20. Juni kam die zivilgesellschaftliche Jury zu einem »Urteil« und bezog sich bei der Beurteilung des Sachverhalts vor allem auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Sie erkannte zum Beispiel durch die Zwangsumsiedlung Verstöße gegen Artikel 12, der bestimmt »Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim [...] ausgesetzt werden«, und gegen Artikel 13, in dem es heißt »Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates.«

Die Initiative ist weiterhin aktiv; die nächste geplante Veranstaltung findet am 18. und 19. September 2021 in Essen statt.

rwe-tribunal.org

Globaler Klimastreik im September



Foto: Stephanie Handtmann

Nach der IAA ist vor dem Klimastreik – auch in diesem Jahr beteiligt sich Attac am Bündnis zum globalen Klimastreik, der am 24. September zum mittlerweile sechsten Mal stattfinden wird. Gemeinsam mit Fridays for Future geht

es in vielen Städten für effektiven Klimaschutz und sozial-ökologischen Umbau auf die Straße, denn um die Klimakrise und das weltweite Artensterben einzudämmen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einhalten zu können, muss jetzt gehandelt werden.

Bisher hat die Große Koalition auf die Proteste von Millionen Menschen nur halbherzig reagiert. Doch die anstehende Bundestagswahl öffnet eine neue Möglichkeit: Mit Protesten wie denen bei der Internationalen Automobilausstellung IAA oder dem Klimastreik im September kann Klimaschutz zum zentralen Thema der Wahl werden. Deshalb werden mit diesem Streik auch konkrete Forderungen an die zukünftige Bundesregierung verknüpft, wie einen vollständigen Kohleausstieg bis 2030, eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch, Maßnahmen zur Energieeinsparung, Investitionen in Alternativen zu fossilem Gas, Ausbau des öffentlichen Nah-

verkehrs, Einsatz für eine klima- und umweltfreundliche Landwirtschaft, Einleitung einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft und Einsatz für Klimagerechtigkeit im Globalen Süden und gegen klimaschädliche Abkommen wie das CETA- und das Mercosur-Abkommen.

Alle Aktionen des Klimastreiks finden mit Rücksicht auf vulnerable Bevölkerungsgruppen gemäß den Corona-Bestimmungen statt; auf Abstand und die Einhaltung der Maskenpflicht wird geachtet.

Zum Redaktionsschluss dieses Rundbriefs waren bundesweit bereits 171 verschiedene Aktionen zum Klimastreik angemeldet, an denen man sich beteiligen kann. Die aktuellsten Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten und an welchen Orten Proteste geplant sind, finden sich auf der Protestlandkarte auf der Webseite des Streiks.

klima-streik.org

Neu im Webshop

**Verkehrswende demokratisch steuern –
Mobilitätsplattformen in öffentliche Hand****Kurzfassung der Studie von Attac und der
Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende muss das Privatauto weitestgehend ersetzt werden durch mehr Bus- und Bahn-, sowie besseren Rad- und Fußverkehr. Für viele dieser Verkehrsmittel boomen inzwischen neue Mobilitätsdienste wie Car- und Bikesharing, Lastenräder, E-Roller, »On Demand«-Taxifahrdienste oder Rufbusse auf dem Land. Vernetzt werden diese Angebote durch digitale Plattformen wie GoogleMaps, Moovit oder FreeNow, die als eine Art »Amazon der Mobilität« antreten und den Markt schon heute gehörig umkrempeln. Ihr Nachteil: Sie sind überwiegend in den Händen von Konzernen, denen es um Marktbeherrschung und maximalen Gewinn geht. Klimaziele, sozialer Ausgleich und Datenschutz sind ihnen egal.

Dass Mobilitätsplattformen auch einen wertvollen Beitrag zur sozial-ökologischen Verkehrswende leisten können, zeigt die aktuelle Studie von Attac und der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Kommunen können eigene – öffentliche – Plattformen betreiben und damit einen attraktiven ÖPNV 2.0 schaffen. Wie das gehen kann, erklärt Dominik Piétron, einer der Auto-

ren der Studie, im Interview auf Seite 2 in diesem Rundbrief.

Die Langfassung der Studie gibt es im Netz unter attac.de/mobilitaetsplattformen – die Kurzfassung kann als 20-seitige A4-Broschüre gegen Versandkosten im Attac-Shop bestellt werden.

Bestellungen online unter attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.



Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Judith Amler,

Jule Axmann, Frauke Distelrath,

Stephanie Handtmann, Achim Heier,

Albrecht Stöffler

Vi.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Es ist fünf nach Klimawandel!

Der neueste Sachstandsbericht des Weltklimarats macht es deutlich: Die Klimakatastrophe ist nicht nur real, sie macht vielmehr riesige und unumkehrbare Schritte. Die globale Erwärmung vollzieht sich noch schneller als befürchtet. Bei der gegenwärtigen Dynamik wird sich die Erde bereits 2030 um 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erwärmt haben – zehn Jahre früher als bislang angenommen. Einher mit dieser Entwicklung gehen immer häufigere Wetterextreme wie Hitze-wellen, Tropenstürme oder Starkregen. Einen Vorgeschmack darauf mussten viele Menschen jetzt auch in Deutschland erleiden – in anderen Teilen der Welt sind die menschenfeindlichen Folgen des Klimawandels längst bittere Realität. Um das Ruder noch herumzureißen und eine Welt zu erhalten, auf der Menschen

noch leben können, helfen keine kosmetischen Eingriffe. Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken, einen radikalen Systemwandel hin zu einer Wirtschaft, die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt, und nicht private Profite. Dafür engagiert sich Attac auf vielen Ebenen: ob mit Studien oder Kongressen, ob mit Aktionen zivilen Ungehorsams, ob mit Öffentlichkeitsarbeit, mit Demos oder mit der Entwicklung konkreter Alternativmodelle. Diese politische Arbeit kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld – aber sie ist dringend notwendig!

Stärke das Engagement von Attac für eine sozial-ökologische Transformation deshalb jetzt mit einer Spende! Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: attac.de

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz, die unsere Gemeinnützigkeit bestätigt hatte, zurückverwiesen. In der Verhandlung im Februar 2020 unterlag Attac; eine Revision wurde vom BFH im Januar 2021 abgelehnt. Wir haben Verfassungsbeschwerden eingereicht. Leider können wir keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC		Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.	
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)					
ATTAC TRÄGERVEREIN E. V.					
IBAN					
DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00					
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)					
GENODEM1GLS				ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.	
Betrag: Euro, Cent					
Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)					
ggf. Stichwort					
R B F 2 1 0 3					
PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)					
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)					
IBAN					
DE 06					
Datum			Unterschrift(en)		

SPENDE